

Wahlprogramme im Vergleich: Was Eigentümer von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP erwarten dürfen

		Bündnis 90/Die Grünen	SPD	FDP	CDU/CSU	
Energie- und Klimapolitik	EEG-Umlage	Senkung der EEG-Umlage	Abschaffung der EEG-Umlage bis 2025	EEG-Umlage abschaffen	EEG-Umlage (und langfristig die Stromsteuer) soll abgeschafft werden	
	CO ₂ -Preis	CO ₂ -Kosten der Mieter muss der Vermieter zahlen	CO ₂ -Kosten der Mieter muss der Vermieter zahlen		CO ₂ -Preis soll zwischen Mieter und Vermieter geteilt werden	
		CO ₂ -Preis soll 2023 60 Euro betragen				
	Mieterstrom	Mieterstromregelungen sollen vereinfacht werden			Mieterstrom soll besser gefördert werden	
	Förderung	Investitionsprogramm für 2 Mio. Wärmepumpen bis 2025			bessere Förderung auch kleiner Modernisierungsmaßnahmen	
Ziele	strenge Vorgaben in Form von Grenzwerten, CO ₂ -Reduktionszielen und Produktstandards					
	1 Mio. neue Solardächer in 4 Jahren		5 Mio. Gebäude bis 2030 mit Wärmepumpen ausstatten			
Bauen	Baurecht/Bauantrag			Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen	Anzahl der Bauvorschriften halbieren	
				Bauordnungen harmonisieren		
				Digitale Bauanträge einführen		
	Baukosten			Baukosten-TÜV, um Kostensteigerungen zu reduzieren		
	Immobilienregister	Einführung eines Immobilienregisters, damit die Eigentümer aller Immobilien für jedermann erkennbar sind	Einführung eines Immobilienregisters, damit die Eigentümer aller Immobilien für jedermann erkennbar sind			
	Bauland/-flächen	Flächenverbrauch reduzieren	kommunales Bauland soll nicht mehr verkauft werden; Bürger dürfen es nur noch zur Erbpacht erhalten		Aktivierung von mehr Bauland	mehr Brachflächenentwicklung
		Nachverdichtung statt neuer Flächen	mehr öffentliches Eigentum		Vereinfachung von Dachausbau und -aufstockung	Dachgeschossauf- und -ausbau vereinfachen
Baupflicht	Baupflicht auch für private Eigentümer auf unbebauten Grundstücken					
Vorgaben	Baustandard KfW 4 für Neubauten und KfW 55 bei Sanierungen; Verpflichtender Sanierungsfahrplan bei Eigentümerwechsel					
Wohneigentumsbildung	Makler	Bestellerprinzip beim Kauf				
		Maklercourtage maximal 2%				
	Mietkauf	Mietkauf stärken	Mietkauf stärken		Unterstützung von Mietkaufmodellen	
Förderung	Keine Förderung von privatem Eigentum, sondern Stärkung von Genossenschaften	Programm „Jung kauft Alt“ und Stärkung nur von genossenschaftlichem Wohnen		Bildung von Wohneigentum soll erleichtert werden; Baukindergeld verlängern		
Stadtentwicklung	Planung			Baulücken- und Potenzialflächenkataster	Innenstadtfächen schneller entwickeln und bebauen flexible Baulandausweisung durch Kommunen	
	Internet	ländliche Räume stärken; u. a. mit einem Rechtsanspruch auf schnelles Internet	Versorgung aller Haushalte mit mindestens 1 Gbit/s			
	Förderung				Förderung von Dorfkernsanierungen	
	Erhaltungssatzungen			Erhaltungssatzungen einschränken		
Mietrecht	Bundesweite Deckelung der Mieten	Ja, Bundesgesetz für regionale Mietobergrenzen für alle Wohnungen	Ja, regionales Mietmoratorium – Mieten sollen eingefroren werden	Nein, kein Mietendeckel	Nein, kein Mietendeckel	
	Mietpreisbremse	Mietpreisbremse unbefristet gelten lassen und weitere Verschärfung	Mietpreisbremse unbefristet gelten lassen und weitere Verschärfung	Abschaffung der Mietpreisbremse	Keine Veränderung der geltenden Mietpreisbremse	
	Mieterhöhungen	Modernisierungsmieterhöhung auf höchstens 1,50 Euro pro qm begrenzen	Modernisierungsmieterhöhung von 8 % auf 4 % einschränken			
		Mieterhöhung nach Mietspiegel auf maximal 2,5 % pro Jahr begrenzen				
	Mietspiegel	Vergleichsmiete senken, indem die Mieten der letzten 20 Jahre berücksichtigt werden (heute: 4 Jahre)	Vergleichsmiete senken, indem die Mieten der letzten 8 Jahre berücksichtigt werden (heute: 4 Jahre)			
		Einführung eines Mietspiegels für Gewerbe zur Begrenzung der Miethöhe	Einführung eines Mietspiegels für Gewerbe zur Begrenzung der Miethöhe			
Wohnungstausch	Mietern den Tausch von Wohnungen ohne Zustimmung des Vermieters erlauben					
Steuern	Energetische Sanierung	steuerliche Förderung energetischer Sanierungen für Selbstnutzer			steuerliche Förderung für vermietete Immobilien verbessern	
	Erbschaftsteuer	Erbschaften umfassender besteuern, indem Ausnahmen verboten werden	Reform der Erbschaftsteuer, leistungsloses Vermögen (Erbe) abschöpfen	keine Verschärfung, Administrierbarkeit und Kosten-Nutzen-Verhältnis prüfen		
	Grunderwerbsteuer	keine Umgehung mit Share Deals, den Bundesländern ermöglichen, den Steuersatz für Selbstnutzer zu senken	Share Deals beenden	Missbrauch durch Share Deals verhindern, wiederauffüllbarer Freibetrag bis zu 500.000 Euro für selbstgenutztes Wohneigentum	Bundesländern einen Freibetrag von 250.000 Euro für Erwachsene plus 100.000 Euro pro Kind beim erstmaligen Erwerb von selbstgenutzten Wohnraum erlauben	
	Grundsteuer	Abschaffung der Umlagefähigkeit – Grundsteuer muss vom Vermieter bezahlt werden				
	Haushaltsnahe Dienstleistungen		besondere Absetzbarkeit, wenn familien- oder pflegebezogen	Absetzbarkeit verbessern	Absetzbarkeit verbessern	
	Mietwohnungsneubau			Erhöhung der linearen Abschreibung von zwei auf drei Prozent	steuerliche Förderung über 2021 hinaus verlängern	
	Verkaufsgewinne bei Immobilien	Abschaffung der zehnjährigen Frist, d. h. immer volle Besteuerung für alle Immobilien	Abschaffung der zehnjährigen Frist, d. h. immer volle Besteuerung nur für vermietete Immobilien			
	Vermögenssteuer	Einführung einer Vermögenssteuer für Vermögen größer als 2 Mio. Euro, Steuersatz pro Person 1 % pro Jahr	Einführung einer Vermögenssteuer für „sehr hohe“ Vermögen	keine Vermögenssteuer, keine Vermögensabgabe	keine Vermögenssteuer	